

Liebe Frau Ates,

Ihr Beitrag in der Welt Online vom 08.09.09 hat uns weniger überrascht als befremdet. Nachdem Sie Auszüge aus unserem Wahlprogramm positiv herausstellen, geben Sie an, die Grünen nicht wählen zu können, weil es bei uns angeblich zu viele Kopftuchträgerinnen und VerteidigerInnen des Kopftuchs gäbe. Darüber hinaus seien wir als „Kulturrelativisten“ und „Multikulturalisten“ nicht in der Lage, die „größten Herausforderungen unserer globalisierten Welt zu bewältigen“. Sie bedauern, dass wir nicht mehr die kreative, lebendige und frische Partei seien, die Sie früher einmal gekannt hätten.

Wir sind aus mehreren Gründen verwundert über Ihre Äußerungen. Vor allem deshalb, weil wir sie so gar nicht mit der politischen Arbeit zusammen bringen können, die wir tagtäglich in der Bundesrepublik tun und mit der wir VorkämpferInnen für die Rechte von Frauen waren und sind.

- Wir Grüne haben häusliche Gewalt als einen Straftatbestand durchgesetzt, gegen erbitterten Widerstand auch aus konservativen Kreisen.
- Wir haben uns über Jahrzehnte für Frauenhäuser eingesetzt, in denen gerade auch Migrantinnen und ihre Kinder Schutz finden, und wir verteidigen diese Einrichtungen gegen massivste Kürzungsvorhaben.
- Wir haben immer wieder das Thema Zwangsheirat thematisiert und streiten für ein eigenständiges Bleiberecht von zwangsverheirateten Frauen, das ihnen überhaupt erst den rechtlichen Rückhalt gibt, um sich gegen ihre Situation zu wehren. Auch hier sehen wir uns dem massiven Widerstand vor allem der Konservativen gegenüber, die landauf landab von Zwangsheirat reden, aber nichts für die Stärkung der Rechte von Frauen und der Opfer tun.
- Wir haben dafür gestritten, dass geschlechtsspezifische Verfolgung ein Asylgrund wird, von dem nur Frauen profitieren können. Das geschah in einem ungleichen Kampf gegen die Politiker aus den Parteien, denen Sie nun offensichtlich nahestehen. Es war ein ungleicher Kampf gegen einen Innenminister Schily und einen CDU-dominierten Bundesrat, die sich das mit für uns schmerzlichen Kompromissen haben bezahlen lassen.
- Wir Grüne wollen zudem das kommunale Wahlrecht, die doppelte Staatsbürgerschaft, Erleichterungen bei der Einbürgerung, ein wirksames Bleiberecht für Flüchtlinge, den Ausbau bilingualer Angebote an Schulen, die Einführung des islamischen Religionsunterrichts, die Förderung des politischen und sozialen Engagements von Migrantinnen und Migranten u.v.m.

Das sind einige unserer Forderungen und Aktivitäten, um die Teilhabe von Frauen mit Migrationsgeschichte zu fördern und die Gewalt gegen sie zu bekämpfen. Wenn Sie, verehrte Frau Ates, die grüne Partei im Namen von Frauenrechten öffentlich bekämpfen, gleichzeitig aber zu einer vielerorts vorherrschenden Politik schweigen, die über Jahrzehnte gezeigt hat, dass ihr Frauenrechte und das Schicksal von Migrantinnen ziemlich egal sind, dann sind Sie aus unserer Sicht frauen- und integrationspolitisch auf einem ziemlichem Irrweg. Ihre restriktive Sichtweise, die in erster Linie mit Verboten und Anklagen arbeitet, ist aus unserer Perspektive völlig kontraproduktiv.

Wir finden es auch sehr bedauerlich, dass Sie als Anwältin für die Rechte unterdrückter und benachteiligter migrantischer und muslimischer Frauen eine Strategie propagieren, die gerade diese Frauen in der Öffentlichkeit nur noch unter negativen Kennzeichen wahrnehmbar macht und so zu ihrer Ausgrenzung und Diskriminierung verleitet. Sie schaden damit genau denen, die

Sie im Grunde doch schützen und unterstützen möchten. Das ist doch paradox! Denn auch die Freiheit, sich für oder gegen das Kopftuch zu entscheiden, ist eine Freiheit, die es zu verteidigen gilt.

Wir Grüne sind entsprechend auch keine „VerteidigerInnen des Kopftuchs“. Wir sind VerfechterInnen des Selbstbestimmungsrechts, der Freiheit, eigenständig entscheiden zu können, was frau möchte und was eben nicht! In unserem Wahlprogramm sagen wir das sehr deutlich. In diesem Wahlprogramm (und anderswo) formulieren wir auch klare Erwartungen an die Zivilgesellschaft und die hier aktiven Gruppen und Organisation, auch die islamischen:

"Wir begreifen die islamischen Organisationen schon jetzt als Teil der deutschen Zivilgesellschaft und verbinden unsere Unterstützung für die Gleichberechtigung mit Erwartungen an die gesellschaftliche Verantwortung der Verbände und Vereine. Wir erwarten von ihnen ein aktives Eintreten für die Religionsfreiheit von Nichtmusliminnen und -muslimen, für die Freiheit des Religionswechsels und für volle Selbstbestimmungsrechte der Frauen. Wer eine Frau oder ein Mädchen unter Druck setzt, ein Kopftuch oder bestimmte Kleidung zu tragen oder nicht zu tragen, verletzt ihr Recht auf Selbstbestimmung. Ebenso zählt zur Integration ein aktives Eintreten gegen Antisemitismus sowie die Verurteilung der Diskriminierung von und Gewalt gegen Homosexuelle. Wir unterstützen auch Kräfte innerhalb aller Religionsgemeinschaften, die sich diesem Anliegen widmen."

Allerdings werden wir niemals das von allen gewünschte Ziel eines friedlichen Zusammenlebens in einer Gesellschaft mit verschiedenen ethnischen, kulturellen und religiös-weltanschaulichen Wurzeln in einer globalisierten Welt erreichen, wenn wir auf Ausgrenzung setzen. Dass Sie das politische Engagement unserer kopftuchtragenden Mitglieder als Argument gegen Grün werten, ist ein Schlag ins Gesicht dieser Frauen, die viel Energie in ihre Arbeit stecken und sich für das Gemeinwohl einsetzen. Dass Sie nicht bereit sind, dies anzuerkennen, verstärkt den Eindruck, dass es Ihnen nicht um Gleichberechtigung und Freiheit dieser Frauen geht. Gerne hätten wir auch Ihre viel beachtete Stimme gegen den islamfeindlichen Mord an der Kopftuchträgerin Marwa El-Sherbini in Dresden vernommen. Leider haben Sie bisher zu dem Thema geschwiegen.

Wir laden Sie hiermit herzlich zu einem kritischen und hoffentlich konstruktiven Dialog ein. Wenn es von Ihrer Seite hierzu eine grundsätzliche Bereitschaft gibt, dann würden wir uns gerne mit Ihnen in Verbindung setzen und den Rahmen und weitere Einzelheiten besprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Hasret Karacuban

Sprecherin des Arbeitskreis Grüne MuslimInnen NRW, Bündnis 90/Die Grünen

Canan Ulufer

Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft „Integration & interkulturelles Zusammenleben“, Bündnis 90/Die Grünen/GAL Hamburg

Ali Bas

Sprecher des Arbeitskreis Grüne MuslimInnen NRW, Bündnis 90/Die Grünen

Nebahat Güçlü, MdHB

Vizepräsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft

Sprecherin für Soziales, Migration und Frauen, Bündnis90/Die Grünen/GAL Hamburg

Andrea Asch, MdL
Sprecherin für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, für Senioren, Lesben und Schwule sowie für Migration und Eine Welt, Bündnis 90/Die Grünen

Ska Keller
MdEP Bündnis 90/Die Grünen

Arndt Klocke
Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen NRW

Katharina Fegebank
Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen/GAL Hamburg

Daniela Schneckenburger
Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen NRW

Anjes Tjaks
Stv. Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen/GAL Hamburg

Samir Fetic
stv. Sprecher Arbeitskreis Grüne MuslimInnen NRW, Bündnis 90/Die Grünen

Hatice Bercin
stv. Sprecherin Arbeitskreis Grüne MuslimInnen NRW, Bündnis 90/Die Grünen

Regina Freuer
MdBV Hamburg-Mitte(Bezirksabgeordnete,) Bündnis90/Die Grünen/GAL Hamburg
Co-Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft „Integration & interkulturelles Zusammenleben“

Judith Hasselmann
Mitglied im Präsidium des Bundesfrauenrats, Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Frauenpolitik NRW

Dr. Verena Lappe
Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Frauenpolitik, Bündnis 90/Die Grünen/GAL Hamburg

Jens Kerstan MdHB
Fraktionsvorsitzender der Bürgerschaftsfraktion und Wirtschaftspolitischer Sprecher,
Bündnis 90/Die Grünen/GAL Hamburg

Mirko Seffzig
Landesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen/GAL Hamburg

Ario Ebrahimpour Mirzaie
GRÜNE JUGEND, Bündnis 90/Die Grünen

Corrina Gomani
Landesarbeitsgemeinschaft Migration und Flüchtlinge Niedersachsen, Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Brooks

Vorsitzende der Grünen Jugend Hamburg

Gregor Dutz
Vorsitzender der Grünen Jugend Hamburg

Sybille Hausmann
Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft EinwanderInnen NRW, Bündnis 90/Die Grünen

Abdurrahman Kol
Mitglied des Städteregionstag Aachen
Arbeitskreis Grüne MuslimInnen NRW, Bündnis 90/Die Grünen

Antje Möller MdHB
Sprecherin für Inneres, Flüchtlinge und Arbeit, Bündnis 90/Die Grünen/GAL Hamburg

Linda Heitmann MdHB
Sprecherin für Gesundheits & Drogenpolitik und Jugendpartizipation
Bündnis 90/Die Grünen/GAL Hamburg

Mekonnen Mesghena
Leiter des Referats für Migration, Citizenship und Interkulturelle Demokratie
Heinrich-Böll-Stiftung